

SEPTEMBER

1

SEPTEMBER

27

Das müssen Sie wissen für Ihre Entscheidung

NOCH **4** WOCHEN
BIS **4** ZUR WAHL



4. Prüfstein: Energiepolitik

Viele Branchen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der IG BCE vertreten werden, benötigen große Mengen preisgünstig zur Verfügung gestellter Energie. Auch arbeiten viele unserer Mitglieder bei großen Energie-Erzeugern.

Wir alle sind – auch privat – auf die zuverlässige Lieferung und Erzeugung von Energie angewiesen. Außerdem geht es um Klima schonende und umweltgerechte Energiegewinnung und –verbrauch und damit darum, in welchem Zustand wir diese Welt den folgenden Generationen hinterlassen.

In den Programmen der Parteien spielt die Energiepolitik eine zentrale Rolle. Dabei treten deutlich unterschiedliche Positionen hervor.

Am 27. September ist Bundestagswahl. Woche für Woche stellen wir bis dahin den Mitgliedern der IG BCE die Positionen der Gewerkschaft und der Parteien zu wichtigen politischen Fragen vor.

V.i.S.d.P.
Jan Eulen
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

DAS IST DIE POSITION DER IG BCE:

- Energiepolitik dient der Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit
- die Strompreise dürfen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht gefährden
- verstärkte Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung neuer Technologien
- Neubau von modernen Kohlekraftwerken ermöglichen, um alte zu ersetzen und damit den CO₂-Ausstoß zu verringern
- CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage / Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid) weiter erforschen
- Restlaufzeit der Kernkraftwerke von Sicherheitsnachweisen abhängig machen
- Emissionshandel darf Wirtschaftlichkeit der Braun- und Steinkohleverstromung nicht infrage stellen
- erneuerbare Energien ausbauen, um einen breiten Energiemix zur Verfügung zu stellen

DARUM IST DAS THEMA WICHTIG:

- eine sichere Energieversorgung ist für Wirtschaft und Privathaushalte unerlässlich
- angesichts des drohenden Klimawandels muss der Energieeinsatz effizienter und umweltverträglicher werden
- Rohstoffe stehen nur begrenzt zur Verfügung, darum müssen neue Techniken zur Nutzung alternativer Energiequellen entwickelt werden
- die alleinige Abhängigkeit von Energielieferungen durch Gas und Erdöl ist angesichts der Monopolstellung der Lieferanten und der geopolitischen Unsicherheiten gefährlich
- einen wichtigen Beitrag kann auch die passive Energiepolitik leisten, sei es durch Verbrauchsreduzierungen in den Gebäuden, sei es durch sparsamere Geräte
- am 27. September entscheiden wir auch über die künftige aktive und passive Energiepolitik

Seite 2: Was die Parteien wollen →

4. Prüfstein: Energiepolitik

*Dies sagen die Programme der Parteien:**

CDU

- Energie-Importe auf möglichst viele Länder verteilen, um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden
- Laufzeitverlängerung der deutschen Kernenergieanlagen
- fossile Energiequellen effizient und Klima schonend nutzen
- Ausbau erneuerbarer Energien bis 20 Prozent im Jahr 2020
- Emissionshandel unter Beachtung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Industrie zu einem globalen System weiterentwickeln und auch weitere Branchen mit einbeziehen



- neue, hocheffiziente Kohlekraftwerke errichten
- die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke verlängern
- die Kapazitäten für Stromimporte aus der EU erhöhen
- Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze; verkürzte Planfeststellungsverfahren
- Anteil der erneuerbaren Energien bis 2020 auf 20 Prozent am Primärenergieverbrauch erhöhen
- den Emissionshandel über die bisherigen Bereiche Industrie und Energie sowie Luftverkehr auch auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten



- Kohle- und Gaskraftwerke modernisieren, um CO₂-Ausstoß zu verringern
- Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid weiterentwickeln
- Emissionshandel als zentrales Instrument nutzen, um neue Investitionen in hochmoderne, effiziente fossile Kraftwerke zu ermöglichen
- bis 2020 mindestens 35 Prozent der Stromerzeugung auf erneuerbare Energien umstellen und 11 Prozent des jetzigen Strombedarfs einsparen
- kompletter Ausstieg aus der Atomenergie bis 2021
- Deutschland soll mittelfristig unabhängig von Ölimporten werden
- Revisionsklausel für den Steinkohlebergbau wirksam machen und damit das Auslaufen des Steinkohlebergbaus verhindern



- bis 2040 sollen in Deutschland 100 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen kommen
- Atomausstieg ohne Wenn und Aber
- Kohlesubventionen beenden, keine Ausnahmen bei der Ökosteuern
- Steuer auf Strom aus Erneuerbaren Energien abschaffen
- Energieverbrauch reduzieren. Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 30 Prozent erhöhen
- beim Emissionshandel Zertifikate grundsätzlich versteigern und Schlupflöcher für energieintensive Branchen schließen
- Vermeidung unnötiger Transporte, Verkehrsverlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel, konsequent umwelt- und klimaschonende Verkehrstechnik

DIE LINKE.

- Energiekonzerne in öffentliche Hand, Energiemonopole auflösen
- unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomanlagen
- keine neuen Kohlekraftwerke
- Treibhausgasemissionen bis 2020 um 50 Prozent gegenüber 1990 reduzieren
- Anteil der erneuerbaren Energien im Strombereich bis 2020 mindestens 50 Prozent, im Wärme- und Kältesektor 25 Prozent
- Wärmedämmung und moderne Heiz- und Energiesysteme fördern

* Wir geben die Haltung der Parteien in einer redaktionellen Fassung wieder.